

Sachverständigen

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Sachverständigen“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Debit beträgt 1.60 Reichsmark, durch Postgebühren ohne Belegposten 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Fußpostgebühren. Einmalige Anzeigenannahme: jeden Dienstag. Die Zeitungen werden nach Rollenpreisen berechnet. Die Zeitungen werden nach Rollenpreisen berechnet. Die Zeitungen werden nach Rollenpreisen berechnet.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Gestern stattete die gegenwärtig in Berlin unter Führung von Professor Sperowud Eddy verweilende amerikanische Studiengesellschaft für den Reichsanlei einen Besuch ab. Reichsanlei Dr. Luther begrüßte die Gäste, etwa 100 amerikanische Geistliche, Gelehrte und Pressevertreter mit einer kurzen Ansprache.

Im Reichsausschuß der Reichstage wurde zum Anleihegesetz ein juristischer Antrag abgelehnt, monach alle Fälle der Anleiheverminderung durch einen aus Vertretern der 6 großen Parteien bestehenden Anleiheausschuß nachgeprüft werden sollten. — Das würde eine schöne Fußnote geben, wenn sich die Parteipolitik und vollends nur die 5 großen Parteien offiziell in sie einmischen könnten!

Nachdem die vertragsschließenden Organisationen der Eisenbahnen den Reichsanlei zum 31. Juli genehmigt haben, finden am Sonnabend Verhandlungen der Organisationen mit der Reichsbahn-Gesellschaft statt.

Gegenüber der Meldung einer Berliner Abendzeitung, daß aus Reichsmitteln dem Ruhrbergbau ein Kredit von 15 Millionen MZ zur Verfügung gestellt werden soll, wird uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt, daß aus Reichsmitteln keinerlei Kredit bereitgestellt werden soll, auch keinerlei Besprechungen über einen solchen Kredit in Frage kommt.

Die deutschen Bergarbeiter gegen den internationalen Streik!

In seinem Bericht über die Sitzung des Exekutivkomitees des Internationalen Bergarbeiterverbandes führt der Pariser „Matin“ aus, daß der Vorschlag der englischen Delegation, wegen eines Konfliktes in verschiedenen Ländern einen allgemeinen Streik zu beginnen, von der deutschen Delegation lebhaft bekämpft wurde und eine energiegelbe Resolution auslöste. Die angebotene Resolution bestieg die Verpflichtung zu einem allgemeinen internationalen Solidarischen Generalstreik. Vor der Abreise nach England habe der englische Vertreter Cool erklärt, daß der Bergarbeiterstreik ihm unvereinlich erscheine und daß, wenn er nicht bereits am kommenden Freitag einsetze, der Streik erst oder vielmehr Tage später ausbrechen dürfte. „Zeit Journal“ hebt ebenfalls hervor, daß, während die Delegierten sich förmlicher Hände bereit gemacht haben, die englischen Vorschläge zu genehmigen, die deutschen Vertreter nicht permissiv hätten, daß sie an einer internationalen Streikbewegung nicht teilnehmen würden.

Die Bedeutung dieser Stellungnahme der deutschen Bergarbeiter wird dadurch nicht verringert, daß beschlossene wurde, die Forderung auf dem Kontinent so herabzusetzen, daß eine Ausfuhr nach England unmöglich wird. Denn die großen Kohlenbestände des Ruhrgebietes würden zum mindesten eine Zeitlang trotzdem die Versorgung Englands erlauben, obgleich das eine Notbehelfe sein würde, die wegen ihrer großen politischen Rückwirkung auf die englische und deutsche Bergarbeiterbewegung nicht zu unterschätzen sind.

Gesetzerfleiß.

In einer argentinischen Gesteirnerschichtfabrik. „Gesteirnerschicht“ Unschlügen überläßt bei dem bloßen Wort an Schaudern. Daher wird die in den letzten Zeitbehebungen erörterte Frage der Gesteirnerschicht an Mineralien nicht auch vielfach mit höchst gemischten Gefühlen angesehen. Aber ist das Wortrecht gegen Gesteirnerschicht beendbar?

Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, daß frisches Fleisch dem Gesteirnerschicht vorzuziehen ist. Deshalb wird man auch den deutschen Viehzüchtlern und vor allem den Kleinrentnern, die die Hauptlieferanten deutschen Fleischfleisches sind, durchaus beistimmen, wenn sie auf Beschleunigung der heimischen Fleischproduktion drängen. Denn es ist Tatsache, daß das deutsche Vieh züchtungsgemäß weniger Fleisch liefert als unter denselben Umständen in anderen Ländern züchtete Vieh. Und ein Drittel ihres Gesamtertrages verlieren, der heute an die deutschen Bauern geht.

So harmlos es scheint, das Gesteirnerschicht, in anderen Ländern Managen eingeführt, würde ein gefährliches Gift für unsere Nation und Volkswirtschaft werden. Und das Ergebnis, nach lächerlichen Schätzungen und Äußerungen wird ein Zustand wie in England sein, wo kaum 10 Prozent der Bevölkerung von Landwirten lebt, wo der Grund und Boden in Händen einer immer weniger zahlreichen, aber reicheren Klasse liegt, wo der Großgrundbesitzer ist, die ihn nur teilweise nutzen, und wo mangels einer starken Landwirtschaft Industrie und Handelsbetriebe zu Katastrophen für das ganze Volk zu werden drohen, weil sie keinen Anhaltspunkt an die Volkswirtschaft abt. Sehr wohl möglich, daß auch in Deutschland die Viehwirtschaft eines Tages sauernde geht.

Wollen wir in Deutschland das gleiche erleben, und wollen wir unsere Revolutionären die Möglichkeit bieten, mit Hilfe ungeschäftlicher Gesteirnerschicht, die jetzt nur eine Reihe von ländlichen, zu proletarisieren, die „Diktatur des Proletariats“, die Arbeiter und Bauernproletariatsherrschaft der Kommunisten herbeiführen?

Der Kampf um die Einkommensteuer.

Sogenannte Ballermannische Gestalten trappeten gestern im Reichstage auf der roten Teppich ein. Man möcht ihnen nichts mehr gegen, obwohl man das Gefühl hat, daß sie sonst nur nichts zu sehen sind. Hier im Reichstage bilden sie Gruppen mit einzelnen kommunalistischen Abgeordneten, und nun ist es auch klar, wer die Leute sind: Interessenten an der kommenden Umwälzung, Sozialdemokraten, Sozialisten und Christliche. Einer von ihnen fühlt sich benachteiligt, dem gaffenden Publikum einen kleinen Vortrag darüber zu halten, daß das Proletariat nur in Russland ein menschenwürdiges Dasein habe und daß für den deutschen Arbeiter — aber so wie Arbeiter leben die Leute allezeit nicht aus — nicht Deutschland, sondern Sowjetrußland, das wahre Vaterland sei.

Inzwischen ging im Plenum die Weiterberatung der Steuerentwürfe vor. Es ist doch noch nicht alles so ganz klar geworden. Namens der Regierungsräte berührte der Zentrumsmann Wendling neue Kompromißvorschläge über Einkommen- und Lohnsteuer, Vorschläge, die es verhindern sollen, daß ein Lohn- oder Gehaltsempfänger sofort etwa mehr Steuern entrichtet als bisher. Diese Möglichkeit lag nach dem ersten Kompromiß vor. Die Hauptunterstützung wurde in der ersten Abendstunde gegen die Stimmen der Oppositionsparteien angenommen.

Danach werden allgemein als Einkommensteuer erhoben von 8000 M. Einkommen und darunter 10 Proz. für die nächsten 4000 M. 12 1/2 Proz. für die weiteren 4000 M. 15 Proz. für die nächsten 4000 M. 20 Proz. für die weiteren 8000 M. 25 Proz. für die weiteren 12 000 M. 30 Proz. für die weiteren 16 000 M. 35 Proz. für die weiteren 20 000 M. 40 Proz. für die weiteren Beträge des Einkommens 40 Proz. Das steuerfreie Existenzminimum beträgt hierbei 1100 M.

Die steuerfreie Existenzminimum stellen werden abgezogen 8000 M. wenn das Einkommen 10 000 M. jährlich nicht übersteigt. Weiter für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind je 8 Proz. des über 600 M. hinausgehenden Einkommens, jedoch mindestens für die Ehefrau 100 M. für das erste Kind 100 M., für das zweite Kind 180 M., für das dritte Kind 350 M., für das vierte und jedes folgende Kind 250 M. und höchstens je 540 M. für die Ehefrau und jedes Kind, insgesamt nicht mehr als 800 M.

Bei der Lohnsteuer

bestehen außer dem steuerfreien Existenzminimum von 960 M. für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind je 10 Proz. des Arbeitslohns, der über das Existenzminimum hinausgeht, ein Steuerabzug betritt.

Minderlohn sollen das sein für die Ehefrau 120 M. jährlich, für das erste Kind 120 M. jährlich, für das zweite Kind 240 M. jährlich, und für das dritte und jedes folgende Kind je 600 M. jährlich. Diese Minderlohn sollen für die Ehefrau und Kinder gelten, wenn sie zusammen

einen höheren steuerfreien Satz ergeben als der jenigprozentige Betrag.

Auch gestern wurde die Debatte im wesentlichen von den Rednern der Oppositionsparteien allein besprochen. Die Vertreter der Regierungsparteien schlossen sich dem Antrage der Oppositionsparteien ab. Eine Abstimmung über den Antrag der sozialdemokratischen Abg. Frau Brüning am Antrag beabsichtigt wurde, der jene Heimarbeiter, die erfindungsgemäß weniger als das Existenzminimum verdienen, von vornherein von dem Steuerabzug freizulassen. Ein Regierungsräte lehnte zunächst diesen Antrag als unzulässig ab und vertrieb am den Weg der Rückdrückung. Bald sah man aber die gestie Führerin er Heimarbeiterbewegung,

die deutsch-nationalen Abg. Frau Dr. Behm mit den Regierungsräten und den Führern der Regierungsparteien eifrig verhandeln und die Abg. Frau Brüning, daß Staatssekretär Fopps für die dritte Lesung die Berücksichtigung der im Antrag ausgeprochenen Forderung zugab. Die Sozialdemokraten gingen darauf ihren Antrag bis zur dritten Lesung zurück, in der die Einkommensteuerregelung endgültig wird.

Erhöhung der Beamtengehälter?

Gestern gingen im Reichstag Gerüchte umher, wonach die Regierungsparteien beabsichtigen würden durch einen besonderen Antrag der Reichsfinanzminister zu ermächtigen, eine Gehaltserhöhung für die Beamtenhälfte vorzunehmen und zwar für die Gruppen 1 bis 6 von 12 Prozent und die Gruppen von 6 aufwärts eine 10prozentige Erhöhung.

Die Gewerkschaftsführer beim Reichsanlei.

Der Reichsanlei empfing am Mittwoch noch mehrtägigen Beratung der kritischen Lage des Bergbaus und der Groß-Eisenindustrie im Ruhrgebiet die Vertreter der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften betrahteten, wie uns mitgeteilt wird, die neue Ausdrücke als eine Antwort der Reichsregierung auf die Unternehmerwünsche, die in der vergangenen Woche gleichfalls beim Reichsanlei vorstellig geworden waren. Für die freigewerkschaftlichen Metallarbeiter sprach Reichsanleisabgeordneter Diemann, der in dem Bericht der Ruhrunternehmer den Versuch sieht, die Regierung für die Unternehmerwünsche, insbesondere in der Steuerpolitik, günstig zu machen. Vertreter der christlichen Bergarbeiterhälfte äußerten schwere Bedenken gegen die Zollvorlage. Grasmann vom F. D. G. D. verzichtete nicht auf die Standpunkt der Arbeiter, die Schmierigkeiten im wesentlichen auf die Arbeiterwünsche abzuwälzen, von der Regierung zurückgewiesen werde. Reichsanleisabg. Lemmer vom Gewerkschaftsring erklärte die Reichsregierung, eine Steuerquote über den Umfang der Steuerhinterziehung an die Kantonalämter in Westdeutschland zu veranlassen. Reichsarbeitsminister Brauns legte gewissenhafte Prüfung der Argumente zu.

Die Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgesellschaften beschließt im Plenum daran, daß die von dem Reichstag angenommenen Aufwertungsgebühren vom Reichspräsidenten am 16. Juli veröffentlicht worden sind, eine Neuverteilung der Aufwertung auf dem Wege eines Volksbegehrens herbeiführen.

Gestern ist das zwischen der Deutschen Reichsregierung und der Oesterreichischen Bundesregierung vereinbarte Abkommen über die Befestigung des Sichtvermerkungsmanges unterzeichnet worden. Danach sollen die Angehörigen des einen Staates das Gebiet des anderen Staates über die Befestigung ausgelassene Grenzübertrittsstellen jederzeit lediglich auf Grund eines gültigen Heimatpassees, ohne Sichtvermerk betreten und verlassen.

Aus Budapest wird gemeldet: In Steiermark hat es beim Besuche der Militärkontrollkommissionen zu einem Zwischenfall. Eine große Menge versuchte in das Kommissariatsgebäude einzudringen, in dem sich die Kontrollkommission befand, wurde aber durch die Polizei daran gehindert.

In der Frage der Oplantensaufweisungen aus Deutschland und Polen haben Besprechungen mit politischen Vertretern im Auswärtigen Amt stattgefunden. Wie es erfahren, lassen die geäußerten Besprechungen immerhin einige Hoffnung, daß die Maßnahmenaufweisungen vorläufig verworfen werden.

Der Corriere „della Sera“ meldet aus Rom: Die italienische Regierung hat ihre Botschafter in Paris und London beauftragt, die Teilnahme an den Verhandlungen über einen Sicherheitspakt von der Einbeziehung der Brennerregion in den allgemeinen Garantievertrag abhängig zu machen. Der „Secolo“ meldet: Wenn England nur die deutsche Wehrmacht garantieren will, dann entzieht sich Italien die Möglichkeit, in absehbarer Zeit abzutreten.

Bei Torpedofischjagden geriet in dem italienischen Kriegshafen Spezia ein Torpedobatterieschiff eines Fischlers am Steuerapparat in eine Seebombe anhaft, wo es explodierte. Ein 11jähriger Knabe wurde getötet, mehrere andere Personen verwundet. — Ein angenehmes Seebad!

Im englischen Unterhaus wurde der Antrag Ramsay MacDonalds, den Glottentat herabzusetzen, mit 267 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

Spanische Zeitungen berichten von neuen Erfolgen der W. R. Die Lage der Stadt Segor bedroht sein. Die Kämpfer befinden sich 3 Kilometer von der Stadt. Bei Segor ist das Fort Delich mit seiner gesamten Besatzung, die aus Franzosen und Eingeborenen besteht, in die Hände der Riffleute gefallen.

